AbgeordnetenhausBERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

57. Sitzung

22. September 2025

Beginn: 09.10 Uhr Schluss: 14.02 Uhr

Vorsitz: Herr Abg. Florian Dörstelmann (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnSport) wird durch Frau Senatorin Spranger und Herrn Staatssekretär Hochgrebe vertreten. Ferner sind Herr Polizeivizepräsident Langner (Polizei Berlin) und Herr Landesbranddirektor Dr. Homrighausen (Berliner Feuerwehr) sowie die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Frau Kamp, anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Er stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende gestattet im Einvernehmen mit dem Ausschuss den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 der Anordnung der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 17. März 2023 (Hausordnung).

Der Ausschuss beschließt, den Punkt 2 der Tagesordnung um eine

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Anschlag auf Strommasten in Johannisthal – Ursachen, Bewältigung und Konsequenzen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

zu ergänzen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/2553

Gesetz zur Reform des Berliner Polizei- und Ordnungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 29 der Verfassung von Berlin 0228 InnSichO(f) BildJugFam Haupt IntGleich DiDat

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss hat sich entschlossen, zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Anhörungen durchzuführen.

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder der Ausschüsse für Bildung, Jugend und Familie; Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung; für Digitalisierung und Datenschutz sowie des Hauptausschusses, die unter dem 15. September 2025 zur Anhörung hinzugeladen wurden.

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich in der heutigen Sitzung nach der Begründung des Antrags durch die einbringenden Fraktionen eine Generalaussprache zum Gesetzesentwurf und anschließend eine Anhörung zunächst zu den Änderungen des Neutralitätsgesetzes sowie sodann zu den Änderungen des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang (UZwG), des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) und weiteren Regelungen durchzuführen. Die Sitzungszeit wird bis 14.00 Uhr verlängert.

Weiter beschließt der Ausschuss einvernehmlich, dass die Beratung des Antrags zu den Änderungen des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) am 29. September 2025 in einer Sondersitzung von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr fortgesetzt werden soll, wobei zwischen 13.00 Uhr und 14.00 Uhr eine Mittagspause erfolgen soll.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Ausschuss einvernehmlich, dass die Redezeit für Beiträge des Senats und der Fraktionen in der Generalaussprache auf zehn Minuten festgelegt wird, dass der Senat beginnt und dass die Fraktionen ihrer Stärke nach anschließen.

Herr Abg. Dregger (CDU) und Herr Abg. Matz (SPD) begründen den Antrag.

Für den Senat erhält Frau Senatoren Spranger (SenInnSport) das Wort. Im Anschluss nehmen Herr Abg. Dregger (CDU), Herr Abg. Matz (SPD), Herr Abg. Franco (GRÜNE) und Herr Abg. Mirzaie (GRÜNE), Frau Abg. Helm (LINKE) sowie Herr Abg. Vallendar (AfD) Stellung.

In der ersten Anhörungsrunde zum Neutralitätsgesetz nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Dr. Shino Ibold, Deutscher Juristinnenbund e.V.

- Herr Prof. Dr. Christian Waldhoff, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin

Im Rahmen der Aussprache beantwortet Frau Senatorin Spranger (SenInnSport) die Fragen der Ausschussmitglieder.

In einer zweiten Anhörungsrunde zum UZwG, VwVfG und weiteren Regelungen nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Frank Teichert, Stellvertretender Landesverbandvorsitzender der Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Berlin (DPolG Berlin)
- Herr Stephan Weh, Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin (GdP Berlin)

Im Rahmen der Aussprache beantwortet Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) gemeinsam mit Herrn Martin (SenInnSport) die Fragen der Ausschussmitglieder. Frau Kamp (Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit) kündigt an, in der nächsten (58.) Sitzung inhaltlich Stellung zu nehmen.

Im Anschluss an die Aussprache beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 2 der Tagesordnung auf die Sondersitzung am 29. September 2025 zu <u>vertagen</u>.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
 Lehren aus dem Blackout im Südosten Berlins für
 den Katastrophen- und Zivilschutz
 (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
 Anschlag auf Strommasten in Johannisthal Ursachen, Bewältigung und Konsequenzen
 (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Herr Abg. Franco (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Abg. Matz (SPD) begründen den Besprechungsbedarf für die jeweiligen antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) nimmt gemeinsam mit dem Landesbranddirektor Herr Dr. Homrighausen (Feuerwehr Berlin) einleitend Stellung.

Während der Aussprache beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 2 der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (58.) Sitzung findet als Sondersitzung am 29. September 2025 um 9.00 Uhr im Plenarsaal statt.

Der Vorsitzende Der Schriftführer

Florian Dörstelmann Scott Körber